

Schriften zum Öffentlichen Recht

---

Band 1421

# Die Gebietsverträglichkeit im Bauplanungsrecht

Von

Matthias Bittlingmaier



Duncker & Humblot · Berlin

MATTHIAS BITTLINGMAIER

Die Gebietsverträglichkeit  
im Bauplanungsrecht

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1421

# Die Gebietsverträglichkeit im Bauplanungsrecht

Von

Matthias Bittlingmaier



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft  
der Universität Konstanz  
hat diese Arbeit im Jahr 2019  
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2020 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: Textforma(r)t Daniela Weiland, Göttingen  
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0582-0200  
ISBN 978-3-428-15913-0 (Print)  
ISBN 978-3-428-55913-8 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Die Gebietsverträglichkeit im Bauplanungsrecht ist eine mittlerweile über 15 Jahre alte Rechtsfigur des Bundesverwaltungsgerichts, die bislang nie eingehender und vertieft untersucht wurde. Sie versucht eine Antwort auf die Frage zu liefern, ob ein Vorhaben generell nicht in die Baugebietsart der BauNVO gehört, in der es zugelassen werden soll. Zu dieser im Bauplanungsrecht an sich alten Fragestellung existiert eine Flut an erst- und zweitinstanzlicher Rechtsprechung, die in ihren Einzelheiten kaum mehr überschaubar ist und beständig weiterwächst. Durch die systematische Aufarbeitung dieser Rechtsfigur soll diese Arbeit dazu beitragen, die Einzelfallanwendung zu erleichtern und die Ergebnisse der Gebietsverträglichkeit vorhersehbar zu machen. Literatur und Rechtsprechung sind bis September 2019 berücksichtigt.

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz als Dissertation angenommen. Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Martin Ibler, danke ich herzlich für die Betreuung der Arbeit sowie die angenehme und gewinnbringende Zeit als Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl. Dem Präsidenten des Verwaltungsgerichts Sigma-Ringen, Herrn Professor Dr. Christian Heckel, danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Herrn Dr. Hans-Ulrich Stühler danke ich für die Anregung zum Thema der Arbeit.

Bedanken möchte ich mich ferner bei Codrin Timu, LL.M. und Magalí Jud für die fortwährende Unterstützung, auch beim Korrekturlesen, und die zahlreichen kritischen Anregungen sowie bei Julian Hahr und Fabian Haller für die Hilfe beim Korrekturlesen.

Konstanz, im Dezember 2019

*Matthias Bittlingmaier*



# Inhaltsübersicht

## *1. Kapitel*

### **Einleitung** 27

A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung .....	27
B. Gang der Untersuchung .....	28

## *2. Kapitel*

### **Historische Entwicklung der Gebietsverträglichkeit** 30

A. Vorgänger der Gebietsverträglichkeit: Die sog. Typisierungslehre .....	31
B. Grundsatzentscheidungen .....	35
C. Reaktionen auf die Grundsatzentscheidungen .....	54
D. Zusammenfassung .....	91

## *3. Kapitel*

### **Abgrenzung zu anderen Rechtsinstituten** 94

A. § 15 Abs. 1 Satz 1 BauNVO .....	94
B. Rücksichtnahmegebot .....	98
C. Einfügen im Sinne des § 34 Abs. 1 BauGB .....	108
D. Gebietserhaltungsanspruch .....	111
E. Nachbarliches Gemeinschaftsverhältnis im Zivilrecht .....	114
F. Zivilrechtliche Ortsüblichkeit .....	118
G. Zusammenfassung .....	120

## *4. Kapitel*

### **Erscheinungsformen des Begriffs der Verträglichkeit** 123

A. Städtebauliche und soziale Verträglichkeit .....	123
B. Raumverträglichkeit .....	126
C. Gemeinverträglichkeit .....	128



D. Umweltverträglichkeit .....	135
E. Elektromagnetische Verträglichkeit .....	147
F. Medizinische Verträglichkeit .....	150
G. Rückschlüsse auf die Gebietsverträglichkeit .....	153
H. Zusammenfassung .....	167

### *5. Kapitel*

<b>Der Begriff der Gebietsverträglichkeit</b>	169
A. Anwendungsbereich .....	169
B. Begriffsinhalt .....	170
C. Begriffsumfang .....	174
D. Fallgruppen .....	267
E. Funktion .....	271
F. Rechtsnatur .....	276
G. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	286
H. Beurteilungsspielraum .....	293
I. Befreiungen (§ 31 Abs. 2 BauGB) .....	297
J. Zusammenfassung .....	306

### *6. Kapitel*

<b>Zusammenfassung in Thesen</b>	309
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	312
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	321

# Inhaltsverzeichnis

## *1. Kapitel*

### **Einleitung** 27

A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	27
B. Gang der Untersuchung	28

## *2. Kapitel*

### **Historische Entwicklung der Gebietsverträglichkeit** 30

A. Vorgänger der Gebietsverträglichkeit: Die sog. Typisierungslehre	31
I. Strenge Typisierung	31
II. Eingeschränkte Typisierung	33
B. Grundsatzentscheidungen	35
I. Großflächiger Einzelhandelsbetrieb im Industriegebiet	35
II. Postzustellstützpunkt im allgemeinen Wohngebiet	38
1. Sachverhalt	38
2. VG München	39
3. VGH München	39
4. BVerwG	40
5. Stellungnahme	43
III. Weitere Entwicklung durch das BVerwG	44
1. Seniorenpflegeheim im Gewerbegebiet	44
2. Bauunternehmen im Mischgebiet	45
3. Dialysezentrum im allgemeinen Wohngebiet	46
4. Krypta im Industriegebiet	47
5. Krematorium im Gewerbegebiet	48
6. Stundenhotel im allgemeinen Wohngebiet	50
7. Schank- und Speisewirtschaft im allgemeinen Wohngebiet	50
IV. Fortwirken der Typisierungslehre	52
C. Reaktionen auf die Grundsatzentscheidungen	54
I. Rechtsprechung	55
1. Baden-Württemberg	55

a) Reine Wohngebiete .....	56
b) Allgemeine Wohngebiete .....	57
c) Mischgebiete .....	59
d) Gewerbegebiete .....	60
e) Industriegebiete .....	62
f) Zwischenfazit .....	62
2. Bayern .....	63
a) Reine Wohngebiete .....	64
b) Allgemeine Wohngebiete .....	65
c) Dorfgebiete .....	69
d) Mischgebiete .....	72
e) Gewerbegebiete .....	75
f) Industriegebiete .....	78
g) Zwischenfazit .....	78
3. Saarland .....	79
4. Rheinland-Pfalz .....	79
5. Hessen .....	80
6. Thüringen .....	80
7. Sachsen .....	81
8. Nordrhein-Westfalen .....	81
9. Niedersachsen .....	83
10. Sachsen-Anhalt .....	84
11. Berlin und Brandenburg .....	84
12. Bremen .....	85
13. Hamburg .....	85
14. Schleswig-Holstein .....	86
15. Mecklenburg-Vorpommern .....	86
II. Literatur .....	87
D. Zusammenfassung .....	91

### 3. Kapitel

<b>Abgrenzung zu anderen Rechtsinstituten</b> .....	94
A. § 15 Abs. 1 Satz 1 BauNVO .....	94
B. Rücksichtnahmegebot .....	98
I. Rücksichtnahmegebot als offenes regulatives Prinzip .....	99
II. Rücksichtnahmegebot in § 34 Abs. 1 BauGB und § 35 Abs. 3 BauGB .....	100

III. Rücksichtnahmegebot in § 15 Abs. 1 S. 2 BauNVO .....	101
1. Anwendungsbereich .....	102
a) Gebietsunverträgliche Vorhaben .....	102
b) Gebietsverträgliche Vorhaben .....	102
2. Räumliche Reichweite .....	103
3. Prüfungsmaßstab .....	104
4. Fallgruppen .....	106
5. Rechtsnatur .....	108
C. Einfügen im Sinne des § 34 Abs. 1 BauGB .....	108
I. Begriff des Einfügens .....	108
II. Vergleich mit der Gebietsverträglichkeit .....	109
D. Gebietserhaltungsanspruch .....	111
E. Nachbarliches Gemeinschaftsverhältnis im Zivilrecht .....	114
I. Begriffsinhalt des nachbarlichen Gemeinschaftsverhältnisses .....	114
II. Vergleich mit dem Erfordernis der Gebietsverträglichkeit .....	115
1. Gemeinsamkeiten .....	115
2. Unterschiede .....	116
F. Zivilrechtliche Ortsüblichkeit .....	118
I. Vorkommen und Inhalt des Begriffs der Ortsüblichkeit .....	118
II. Vergleich mit dem Erfordernis der Gebietsverträglichkeit .....	119
G. Zusammenfassung .....	120

*4. Kapitel*

<b>Erscheinungsformen des Begriffs der Verträglichkeit</b> .....	123
A. Städtebauliche und soziale Verträglichkeit .....	123
I. Städtebauliche Verträglichkeit .....	123
II. Soziale Verträglichkeit .....	125
B. Raumverträglichkeit .....	126
I. Materielles Verständnis .....	126
II. Formelles Verständnis .....	128
III. Raumverträglichkeit im Landesrecht .....	128
C. Gemeinverträglichkeit .....	128
I. Rechtliche Verankerung und Begriffsinhalt .....	128
1. Funktion .....	131

2. Grenzen .....	132
II. Begriffsumfang .....	133
D. Umweltverträglichkeit .....	135
I. Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) .....	135
II. Naturschutzrecht .....	136
1. § 34 BNatSchG .....	136
a) Begriffsinhalt .....	136
b) Begriffsumfang .....	137
2. Naturschutzgesetze der Länder .....	138
III. Wasch- und Reinigungsmittelgesetz .....	139
1. Begriffsinhalt .....	139
2. Begriffsumfang .....	139
IV. Gesetze, die den Stand der Technik verwenden .....	140
1. Rechtliche Verankerung und Begriffsinhalt .....	140
2. Begriffsumfang .....	141
V. Energierecht .....	145
1. Rechtliche Verankerung und Begriffsinhalt .....	145
2. Begriffsinhalt .....	146
E. Elektromagnetische Verträglichkeit .....	147
I. Rechtliche Verankerung .....	147
II. Begriffsinhalt .....	147
III. Begriffsumfang .....	148
F. Medizinische Verträglichkeit .....	150
I. Arzneimittelgesetz .....	150
II. Lebensmittelinformationsverordnung (LMIV) .....	152
G. Rückschlüsse auf die Gebietsverträglichkeit .....	153
I. Störverbot .....	153
1. Städtebauliche Verträglichkeit .....	153
2. Soziale Verträglichkeit .....	154
3. Raumverträglichkeit .....	154
4. Gemeinverträglichkeit .....	154
5. Umweltverträglichkeit .....	154
a) UVPG .....	154
b) Naturschutzrecht .....	155
c) WRMG .....	155

d) Gesetze, die den Stand der Technik verwenden	155
e) Energierecht	155
6. Elektromagnetische Verträglichkeit	156
7. Medizinische Verträglichkeit	156
II. Störung	157
1. Städtebauliche Verträglichkeit	157
2. Soziale Verträglichkeit	157
3. Raumverträglichkeit	157
4. Umweltverträglichkeit	158
a) Naturschutzrecht	158
b) WRMG	158
c) Stand der Technik	158
5. Medizinische Verträglichkeit	159
6. Elektromagnetische Verträglichkeit	159
III. Vergleich	160
1. Begriffsinhalt	160
2. Begriffsumfang	162
a) Abwägungsansatz	163
b) Konkretisierungsansatz	164
c) Wechselwirkungsansatz	166
H. Zusammenfassung	167

*5. Kapitel*

<b>Der Begriff der Gebietsverträglichkeit</b>	<b>169</b>
A. Anwendungsbereich	169
B. Begriffsinhalt	170
I. Gebietscharakter	170
II. Stören	172
C. Begriffsumfang	174
I. Kleinsiedlungsgebiete, § 2 BauNVO	175
1. Gebietscharakter	175
2. Störung	176
a) Landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO)	176
b) Gartenbaubetriebe (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO)	178
c) Der Versorgung des Gebiets dienende Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO)	179

d) Sonstige Wohngebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen (§ 2 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO) .....	182
e) Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 2 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO) .....	183
f) Tankstellen (§ 2 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO) .....	189
g) Nicht störende Gewerbebetriebe (§ 2 Abs. 3 Nr. 4 BauNVO) .....	189
3. Zwischenergebnis .....	192
II. Reine Wohngebiete, § 3 BauNVO .....	193
1. Gebietscharakter .....	193
2. Störung .....	194
a) Wohngebäude (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO) .....	194
b) Anlagen zur Kinderbetreuung (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO) .....	198
c) Läden und nicht störende Handwerksbetriebe (§ 3 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO) .....	199
d) Kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes (§ 3 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO) .....	200
e) Sonstige Anlagen für soziale Zwecke (§ 3 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO) .....	200
f) Anlagen für kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 3 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO) .....	203
3. Zwischenergebnis .....	204
III. Allgemeine Wohngebiete, § 4 BauNVO .....	204
1. Gebietscharakter .....	204
2. Störung .....	205
a) Wohngebäude (§ 4 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO) .....	205
b) Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe (§ 4 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO) .....	206
c) Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO) .....	206
d) Betriebe des Beherbergungsgewerbes (§ 4 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO) .....	207
e) Sonstige nicht störende Gewerbebetriebe (§ 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO) .....	208
f) Anlagen für Verwaltungen (§ 4 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO) .....	209
g) Gartenbaubetriebe (§ 4 Abs. 3 Nr. 4 BauNVO) .....	210
h) Tankstellen (§ 4 Abs. 3 Nr. 5 BauNVO) .....	211
3. Zwischenergebnis .....	212
IV. Besondere Wohngebiete, § 4a BauNVO .....	213
V. Dorfgebiete, § 5 BauNVO .....	216
1. Gebietscharakter .....	216
2. Störung .....	217
a) Landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 8 BauNVO) .....	217
b) Sonstige Wohngebäude (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO) .....	218

c) Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) . . . . .	218
d) Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 BauNVO) . . . . .	219
e) Sonstige Gewerbebetriebe (§ 5 Abs. 2 Nr. 6 BauNVO) . . . . .	220
f) Anlagen für örtliche Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauNVO) . . . . .	221
g) Tankstellen (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauNVO) . . . . .	223
h) Vergnügungsstätten (§ 5 Abs. 3 BauNVO) . . . . .	223
3. Zwischenergebnis . . . . .	224
VI. Mischgebiete, § 6 BauNVO . . . . .	225
1. Gebietscharakter . . . . .	225
2. Störung . . . . .	227
a) Wohngebäude (§ 6 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO) . . . . .	227
b) Geschäfts- und Bürogebäude (§ 6 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO) . . . . .	227
c) Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes (§ 6 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO) . . . . .	228
d) Sonstige Gewerbebetriebe (§ 6 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) . . . . .	229
e) Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 6 Abs. 2 Nr. 5 BauNVO) . . . . .	230
f) Gartenbaubetriebe (§ 6 Abs. 2 Nr. 6 BauNVO) . . . . .	231
g) Tankstellen (§ 6 Abs. 2 Nr. 7 BauNVO) . . . . .	232
h) Vergnügungsstätten (§ 6 Abs. 2 Nr. 8 und Abs. 3 BauNVO) . . . . .	233
3. Zwischenergebnis . . . . .	236
VII. Urbane Gebiete, § 6a BauNVO . . . . .	237
1. Gebietscharakter . . . . .	237
2. Störung . . . . .	238
3. Zwischenergebnis . . . . .	239
VIII. Kerngebiete, § 7 BauNVO . . . . .	240
1. Gebietscharakter . . . . .	240
2. Störung . . . . .	242
a) Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude (§ 7 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO) . . . . .	242
b) Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes und Vergnügungsstätten (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO) . . . . .	243
c) Sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe (§ 7 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO) . . . . .	245
d) Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 7 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) . . . . .	246
e) Tankstellen (§ 7 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 3 Nr. 1 BauNVO) . . . . .	246
f) Wohnungen (§ 7 Abs. 2 Nr. 6, 7 und Abs. 3 Nr. 2 BauNVO) . . . . .	247



3. Zwischenergebnis .....	247
IX. Gewerbegebiete, § 8 BauNVO .....	248
1. Gebietscharakter .....	248
2. Störung .....	250
a) Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO) .....	250
b) Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO) ..	253
c) Tankstellen (§ 8 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO) .....	254
d) Anlagen für sportliche Zwecke (§ 8 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) .....	255
e) Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebs- inhaber und Betriebsleiter (§ 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO) .....	255
f) Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke (§ 8 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO) .....	256
g) Vergnügungsstätten (§ 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO) .....	258
3. Zwischenergebnis .....	258
X. Industriegebiete, § 9 BauNVO .....	259
1. Gebietscharakter .....	259
2. Störung .....	260
a) Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO) .....	260
b) Tankstellen (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO) .....	263
c) Betriebsbezogene Wohnungen (§ 9 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO) .....	263
d) Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 9 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO) .....	264
3. Zwischenergebnis .....	264
XI. Zusammenfassung .....	265
D. Fallgruppen .....	267
I. Fallgruppe: Größe .....	268
II. Fallgruppe: Optik .....	268
III. Fallgruppe: Emittierende Vorhaben .....	269
IV. Fallgruppe: Störanfällige Vorhaben .....	270
V. Zwischenergebnis .....	270
E. Funktion .....	271
I. Feinsteuern .....	271
II. Trennung .....	274
III. Größenstaffelung .....	275
F. Rechtsnatur .....	276

I.	Ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal .....	276
II.	Teleologische Reduktion .....	282
III.	Rechtsgrundsatz .....	283
G.	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	286
I.	Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale als Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums .....	286
1.	Gebietsverträglichkeit als Teil der Gesetzesauslegung .....	287
2.	Gebietsverträglichkeit als Teil richterlicher Rechtsfortbildung .....	289
II.	Bestimmtheitsgebot .....	292
H.	Beurteilungsspielraum .....	293
I.	Begriff und Voraussetzungen .....	293
II.	Anwendung auf die Gebietsverträglichkeit .....	295
1.	Fallgruppen .....	295
2.	Auslegung .....	295
I.	Befreiungen (§ 31 Abs. 2 BauGB) .....	297
I.	Befreiungsgründe .....	297
1.	Erforderlichkeit aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit (§ 31 Abs. 2 Nr. 1 BauGB) .....	297
2.	Städtebauliche Vertretbarkeit (§ 31 Abs. 2 Nr. 2 BauGB) .....	301
3.	Nicht beabsichtigte Härte (§ 31 Abs. 2 Nr. 3 BauGB) .....	303
II.	Vereinbarkeit mit öffentlichen Belangen .....	304
III.	Grundzüge der Planung .....	305
J.	Zusammenfassung .....	306

*6. Kapitel*

<b>Zusammenfassung in Thesen</b> .....	309
--	-----

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	312
-----------------------------------	-----

<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	321
----------------------------------	-----



## Abkürzungsverzeichnis

13. BImSchV	Dreizehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotorenanlagen vom 02.05.2013 (BGBl. I. S. 1021), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I. S. 1474)
28. BImSchV	Achtundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Verordnung über Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsmotoren vom 20.04.2004 (BGBl. I. S. 1423), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I. S. 1474)
30. BImSchV	Dreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen vom 20.02.2001 (BGBl. I. S. 305), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27.09.2017 (BGBl. I. S. 3465)
a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. F.	alte Fassung
Abs.	Absatz oder Absätze
AbwV	Abwasserverordnung vom 17.06.2004 (BGBl. I. S. 1108), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.03.2017 (BGBl. I. S. 626)
ABEG	Allgemeines Eisenbahngesetz v. 27.12.1993 (BGBl. I. S. 2378); zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes v. 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2808)
AltÖIV	Altölverordnung vom 16.04.2002 (BGBl. I. S. 1368), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.02.2012 (BGBl. I. S. 212)
AMG	Arzneimittelgesetz vom 12.12.2005 (BGBl. I. S. 3394), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2017 (BGBl. I. S. 2757)
Amtsbl.	Amtsblatt
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts [Zeitschrift]
Art.	Artikel
AtG	Atomgesetz vom 15.07.1985 (BGBl. I. S. 1565), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2808)
Aufl.	Auflage
BAnz AT	Bundesanzeiger Allgemeiner Teil
BauGB	Baugesetzbuch v. 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 3 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2808)
BauNVO	Baunutzungsverordnung v. 23.01.1990 (BGBl. I. S. 132), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I. S. 1057)
BauNVO 1962	Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.06.1962 (BGBl. I. S. 429)
BauNVO 1977	Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.09.1977 (BGBl. I. S. 1763)
BauR	Baurecht – Zeitschrift für das ganze öffentliche und zivile Baurecht

Bay.	Bayern
BayLPIG	Bayerisches Landesplanungsgesetz v. 25.06.2012, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.12.2015 (GVBl. S. 470)
BayNatSchG	Bayerisches Naturschutzgesetz v. 23.02.2011, zuletzt geändert durch Gesetz v. 13.12.2016 (GVBl. S. 372)
BayStrWG	Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 91–1-I) veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 12.07.2017 (GVBl. S. 375)
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayWG	Bayerisches Wassergesetz vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2015 (GVBl. S. 458)
BBauG	Bundesbaugesetz v. 23.06.1960 (BGBl. I. S. 341)
BBbg.	Berlin-Brandenburg
Bbg.	Brandenburg
BbgLPIG	Landesplanungsgesetz und Vorschaltgesetz zum Landesentwicklungsprogramm für das Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.12.2002 (GVBl. I/03, Nr.1 S. 9), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 28.06.2006 (GVBl. I/06, Nr. 8 S. 96). Außer Kraft getreten durch Art. 4 des Gesetzes vom 21.09.2011 (GVBl. I/11, Nr. 21)
BbgNatSchAG	Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 21.01.2013 (GBVl. I/13, Nr. 3), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 5 des Gesetzes vom 25.01.2016 (GVBl. I/16, Nr. 5)
BbgStrG	Brandenburgisches Straßengesetz vom 28.07.2009 (GVBl. I/09, Nr. 15, S. 358), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.07.2014 (GVBl. I/14, Nr. 27)
BbgWG	Brandenburgisches Wassergesetz vom 02.03.2012 (GVBl. I/12, Nr. 20), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 8 des Gesetzes vom 25.01.2016 (GVBl. I/16, Nr. 5)
Bd.	Band oder Bände
Begr.	Begründer
BerlNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von Berlin vom 29.05.2013 (GVBl. 2013, S. 140)
BerlStrG	Berliner Straßengesetz vom 13.07.1999 (GVBl. S. 380), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.12.2008 (GVBl. S. 466)
Beschl.	Beschluss
Beschl. v.	Beschluss vom
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.01.2002 (BGBl. I. S. 42), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2787)
BGBl. I.	Bundesgesetzblatt Teil I
BGBl. II.	Bundesgesetzblatt Teil II
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I. S. 1274), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I. S. 2771)
Bln.	Berlin
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz vom 29.07.2009 (BGBl. I. S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15.09.2017 (BGBl. I. S. 3434)
BR	Bundesrat
BR-Drucks.	Drucksachen des Bundesrates

Brem.	Bremen
BremLStrG	Bremisches Landesstraßengesetz vom 28.12.1976 (BremGBl. 1976, S. 341), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.08.2017 (BremGBl. 2017 S. 372)
BremNatG	Bremisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 27.04.2010 (Brem.GBl. 2010 S. 315), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 31.01.2017 (Brem.GBl. 2017 S. 73)
BremWG	Bremisches Wassergesetz vom 12.04.2011 (BremGBl. 2011 S. 262), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 15.12.2015 (BremGBl. 2015 S. 622)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BWG	Berliner Wassergesetz vom 17.06.2005 (GVBl. S. 357), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.04.2016 (GVBl. S. 218)
BWNatSchG	Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft vom 23.06.2015 (GBl. 2015, S. 585)
bzgl.	bezüglich
ca.	circa
ChemG	Chemikaliengesetz vom 28.08.2013 (BGBl. I. S. 3991), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2017 (BGBl. I. S. 2774)
d.	der/die/das/den/dem
d. h.	das heißt
dems.	demselben
dens.	denselben
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/-n
DÖV	Die öffentliche Verwaltung [Zeitschrift]
DVBl	Deutsche Verwaltungsblätter [Zeitschrift]
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21.07.2014 (BGBl. I. S. 1066), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.07.2017 (BGBl. I. S. 2532)
EL	Ergänzungslieferung
EMVG	Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetz vom 14.12.2016 (BGBl. I. S. 2879), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.06.2017 (BGBl. I. S. 1947)
EnEG	Energieeinsparungsgesetz vom 01.09.2005 (BGBl. I. S. 2684), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.07.2013 (BGBl. I. S. 2197)
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz vom 07.07.2005 (BGBl. I. S. 3621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2808)
etc.	et cetera
EuGH	Europäischer Gerichtshof
evtl.	eventuell
f./ff.	folgende [Seite, Randnummer]/fortfolgende [Seiten, Randnummern]
Fn.	Fußnote/-n
FS	Festschrift
FStrG	Bundesfernstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.06.2007 (BGBl. I. S. 1206), zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 14.08.2017 (BGBl. I. S. 3122)

G.	Gesetz
GBl.	Gesetzblatt
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung vom 26.11.2010 (BGBl. I. S. 1643), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.03.2017 (BGBl. I. S. 626)
gem.	gemäß
GemO BW	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 24.07.2000 (GBl. S. 582), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99)
GenTG	Gentechnikgesetz vom 16.12.1993 (BGBl. I. S. 2066), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.07.2017 (BGBl. I. S. 2421)
GewArch	Gewerbearchiv [Zeitschrift]
GewinnungsAbfV	Gewinnungsabfallverordnung vom 27.04.2009 (BGBl. I. S. 900), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.02.2012 (BGBl. I. S. 212)
GewO	Gewerbeordnung vom 22.02.1999 (BGBl. I. S. 202), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2789)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.05.1949, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.07.2017 (BGBl. I. S. 2347)
GMBL.	Gesetz- und Ministerialblatt
GVBl./GVOBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HAGBNatSchG	Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 20.12.2010 (GVBl. I. S. 629), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 17.12.2015 (GVBl. S. 607)
HENatG 2006	Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 16.04.1996 (GVBl. I. S. 145), außer Kraft durch § 61 Abs. 1 des Gesetzes vom 04.12.2006 (GVBl. I. S. 619)
Hess.	Hessen
HessFBG	Hessisches Friedhofs- und Bestattungsgesetz vom 05.07.2007 (GVBl. 2007 I. Nr. 13, S. 338), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.02.2013 (GVBl. S. 42)
HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
HLPG	Hessisches Landesplanungsgesetz vom 12.12.2012 (GVBl. S. 590), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2016 (GVBl. S. 121)
Hmb.	Hamburg
HmbBNatSchGAG	Hamburgisches Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 11.05.2010 (GVBl. 2010, S. 350), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.05.2014 (GVBl. S. 167)
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz/-sätze
HStrG	Hessisches Straßengesetz vom 08.06.2003 (GVBl. I. S. 166), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 26.06.2015 (GVBl. S. 254)
HwaG	Hamburgisches Wassergesetz vom 29.03.2005 (GVBl. S. 97), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.12.2012 (GVBl. S. 510)
HWG	Hessisches Wassergesetz vom 14.12.2010 (GVBl. I. S. 548), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.09.2015 (GVBl. S. 338); zudem: Hamburgisches Wegegesetz vom 22.01.1974 (GVBl. 1974, S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.09.2017 (GVBl. S. 260)
i. E.	im Ergebnis
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von

i. V. m.	in Verbindung mit
inkl.	inklusive
JuS	Juristische Schulung [Zeitschrift]
Kap.	Kapitel
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24.02.2012 (BGBl. I. S. 212), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 9 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2808)
KWKG	Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 21.12.2015 (BGBl. I. S. 2498)
LaplaG SH	Landesplanungsgesetz Schleswig-Holstein vom 10.02.1996 (GVObI. 1996, S. 232), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.04.2017 (GVObI. S. 222)
Leits.	Leitsatz
LEntwG LSA	Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt vom 23.04.2015 (GVBl. S. 170)
lit.	littera (Buchstabe)
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht
LMIV	Lebensmittelinformations-Verordnung, VO (EU) Nr. 1169/2011 vom 25.10.2011 (Amtsbl. Nr. L 304, S. 18), zuletzt geändert durch VO (EU) 2015/2283 vom 25.11.2015 (Amtsbl. Nr. L 327 S. 1)
LNatSchG NRW	Landesnaturenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen vom 21.07.2000 (GVBl. S. 568), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GVBl. S. 934)
LNatSchG RP	Landesnaturenschutzgesetz Rheinland-Pfalz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2016 (GVBl. S. 583)
LNatSchG SH	Landesnaturenschutzgesetz Schleswig-Holstein vom 24.02.2010 (GVObI. S. 301), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.05.2016 (GVObI. S. 162)
LPIG BW	Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg vom 10.07.2003 (GBl. 2003, S. 385), zuletzt geändert durch Art. 31 der Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99)
LPIG MV	Landesplanungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern vom 05.05.1998 (GVObI. 1998, S. 503), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 18.05.2016 (GVObI. S. 258)
LPIG NRW	Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen vom 03.05.2005 (GVBl. S. 430), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GVBl. S. 934)
LPIG RP	Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz vom 10.04.2003 (GVBl. 2003, S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283)
LStrG RP	Landesstraßengesetz Rheinland-Pfalz vom 01.08.1977 (GVBl. 1977, S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.03.2017 (GVBl. S. 21)
LWaG	Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 30.11.1992 (GVObI. S. 669), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.05.2016 (GVObI. S. 431)
LWG NRW	Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen vom 08.07.2016 (GVBl. S. 926), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GVBl. S. 934)
LWG RP	Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.09.2017 (GVBl. S. 237)
LWG SH	Landeswassergesetz Schleswig-Holstein von 11.02.2008 (GVObI. S. 91), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01.08.2016 (GVObI. S. 680)
MV	Mecklenburg-Vorpommern
mwN	mit weiteren Nachweisen
NAGBNatSchG	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19.02.2010 (GVBl. S. 104)



NatSchAG MV	Naturschutzgesetzausführungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern vom 23.02.2010 (GVOBl. S. 66), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.05.2016 (GVOBl. S. 431)
NatSchG LSA	Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 10.12.2010 (GVBl. S. 569), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2015 (GVBl. S. 659)
Nds.	Niedersachsen
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer/-n
NROG	Niedersächsisches Raumordnungsgesetz vom 18.07.2012 (GVBl. S. 252), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.03.2017 (GVBl. S. 53)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStrG	Niedersächsisches Straßengesetz vom 24.09.1980 (GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.03.2017 (GVBl. S. 48)
NuR	Natur und Recht [Zeitschrift]
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz vom 19.02.2010 (GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.11.2015 (GVBl. S. 307)
OVG	Oberverwaltungsgericht
PBefG	Personenbeförderungsgesetz vom 08.08.1990 (BGBl. I. S. 1690), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2808)
PHöchstMengeV	Phosphathöchstmengenverordnung vom 04.06.1980 (BGBl. I. S. 664)
Rn.	Randnummer
ROG	Raumordnungsgesetz vom 22.12.2008 (BGBl. I. S. 2986), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2808)
RP	Rheinland-Pfalz
s.	siehe
S.	Satz/Sätze/Seite/-n
s. o.	siehe oben
SA	Sachsen-Anhalt
Saarl.	Saarland
SaarlStrG	Saarländisches Straßengesetz vom 15.10.1977 (Amtsbl. S. 969), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.11.2007 (Amtsbl. S. 2393)
Sächs.	Sächsisches
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz vom 11.06.2010 (GVBl. S. 174), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2016 (GVBl. S. 652)
SächsNatSchG	Sächsisches Naturschutzgesetz vom 06.06.2013 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.04.2015 (GVBl. S. 349)
SächsStrG	Sächsisches Straßengesetz vom 21.01.1993 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.02.2016 (GVBl. S. 78)
SächsWG	Sächsisches Wassergesetz vom 12.07.2013 (GVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.07.2016 (GVBl. S. 287)
SLPG	Saarländisches Landesplanungsgesetz vom 18.11.2010 (Amtsbl. I. S. 2599), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.10.2015 (Amtsbl. I. S. 790)
SNG	Saarländisches Naturschutzgesetz vom 05.04.2006 (Amtsbl. S. 726), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.10.2015 (Amtsbl. I. S. 790)
sog.	sogenannte

SprengG	Sprengstoffgesetz vom 10.09.2002 (BGBl. I. S. 3518), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.06.2017 (BGBl. I. S. 1586)
str.	streitig
StrG BW	Straßengesetz Baden-Württemberg vom 11.05.1992 (GBl. S. 330), zuletzt geändert durch Anpassungsverordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99)
StrG LSA	Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt vom 06.07.1993 (GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2014 (GVBl. S. 522)
StrWG MV	Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 13.01.1993 (GVOBl. S. 42), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.06.2017 (GVOBl. S. 106)
StrWG NRW	Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23.09.1995 (GVBl. S. 1028), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GVBl. S. 934)
StrWG SH	Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 25.11.2003 (GVOBl. S. 631), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.2016 (GVOBl. S. 999)
StVG	Straßenverkehrsgesetz vom 05.03.2003 (BGBl. I. S. 919), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.08.2017 (BGBl. I. S. 3202)
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung vom 06.03.2013 (BGBl. I. S. 367), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2017 (BGBl. I. S. 3549)
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 26.04.2012 (BGBl. I. S. 679), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.05.2017 (BGBl. I. S. 1282)
SWG	Saarländisches Wassergesetz vom 30.07.2004 (Amtsbl. S. 1994), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.12.2013 (Amtsbl. 2014 I. S. 2)
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 26.08.1998 (GMBl. S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)
TA Luft	Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft vom 24.07.2002 (GMBl. S. 511)
TFG	Transfusionsgesetz vom 28.08.2007 (BGBl. I. S. 2169), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2017 (BGBl. I. S. 2757)
Thür.	Thüringen
ThürLPiG	Thüringer Landesplanungsgesetz vom 11.12.2012 (GVBl. S. 450)
ThürNatG	Thüringer Gesetz für Natur und Landschaft vom 30.08.2006 (GVBl. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2015 (GVBl. S. 113)
ThürStrG	Thüringer Straßengesetz vom 07.05.1993 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.02.2014 (GVBl. S. 45)
ThürVBl	Thüringer Verwaltungsblätter [Zeitschrift]
ThürWG	Thüringer Wassergesetz vom 18.08.2009 (GVBl. S. 244)
TPG	Transplantationsgesetz vom 04.09.2007 (BGBl. I. S. 2206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2017 (BGBl. I. S. 2757)
u. a.	unter anderem
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz vom 23.08.2017 (BGBl. I. S. 3290)
UPR	Umwelt- und Planungsrecht [Zeitschrift]
Urt. v.	Urteil vom
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 24.02.2010 (BGBl. I. S. 94), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.09.2017 (BGBl. I. S. 3370)
v. a.	vor allem

VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg [Zeitschrift]
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
vs.	versus
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung vom 19.03.1991 (BGBl. I. S. 686), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.10.2017 (BGBl. I. S. 3546)
WaStrG	Bundeswasserstraßengesetz vom 23.05.2007 (BGBl. I. S. 962), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I. S. 2808)
WG LSA	Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt vom 16.03.2011 (GVBl. S. 492), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.02.2017 (GVBl. S. 33)
WHG	Wasserhaushaltsgesetz vom 31.07.2009 (BGBl. I. S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2017 (BGBl. I. S. 2771)
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung [Zeitschrift als Beilage zum Gewerbearchiv]
WRMG	Wasch- und Reinigungsmittelgesetz vom 17.07.2013 (BGBl. I. S. 2538), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2017 (BGBl. I. S. 2774)
z. B.	zum Beispiel
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
zit.	zitiert
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

## 1. Kapitel

# Einleitung

## A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung

Im Zuge der Flüchtlingskrise erregte ein Fall aus Hamburg Mitte 2015 bundesweit Aufsehen, als im ehemaligen Kreiswehrrersatzamt an der Sophienterrasse rund 220 Flüchtlinge untergebracht werden sollten und sich die Anwohner erfolgreich gerichtlich dagegen wehrten<sup>1</sup>. Die Anwohner und das OVG wiesen auf die Gebietsunverträglichkeit der Flüchtlingsunterkunft hin, weshalb das Vorhaben nicht in das Baugebiet passe<sup>2</sup>. Schnell wurde der Vorwurf laut, die Anwohner in der Villengegend seien fremdenfeindlich und wollten nur unter sich bleiben<sup>3</sup>. Ihr Argument der Gebietsunverträglichkeit des Vorhabens sei vorgeschoben, um ihre Haltung durchzusetzen<sup>4</sup>. Ist die Gebietsverträglichkeit also nur ein vorgeschobenes Argument, damit reiche, fremdenfeindliche Villenbesitzer Veränderungen ihrer Umgebung verhindern können?

Dieser Fall gibt Anlass, sich näher mit dem bauplanungsrechtlichen Erfordernis der Gebietsverträglichkeit zu beschäftigen. Schnell stellt sich dabei heraus, dass das Erfordernis der Gebietsverträglichkeit weder neu ist, noch speziell gegen Flüchtlingsunterkünfte entwickelt wurde. Das Erfordernis einer Gebietsverträglichkeit wurde vielmehr anhand eines großflächigen Einzelhandelsbetriebs im Industriegebiet<sup>5</sup> und in seiner heutigen Form anhand eines Postzustellstützpunkts in einem allgemeinen Wohngebiet<sup>6</sup> bereits im Jahre 2002 vom BVerwG entwickelt. Nach ihm ist ein Vorhaben bauplanungsrechtlich unzulässig, wenn es den Gebietscharakter des Baugebiets gefährdet und dadurch gebietsunverträglich ist<sup>7</sup>. Das sei der Fall, wenn das Vorhaben aufgrund seiner typischen Nutzungsweise störend

---

<sup>1</sup> <http://www.zeit.de/2015/25/fluechtlinge-fluechtlingsheim-klage-hamburg> (letzter Abuf: 16.10.2017); zugehöriges Verfahren: OVG Hamburg ZfBR 2016, 61 (Unterbringung von Flüchtlingen in besonders geschützten Wohngebieten).

<sup>2</sup> <http://www.zeit.de/2015/25/fluechtlinge-fluechtlingsheim-klage-hamburg/seite-2> (letzter Abuf: 16.10.2017); OVG Hamburg ZfBR 2016, 61, 64 (Unterbringung von Flüchtlingen in besonders geschützten Wohngebieten).

<sup>3</sup> <http://www.zeit.de/2015/25/fluechtlinge-fluechtlingsheim-klage-hamburg/seite-2> (letzter Abuf: 16.10.2017).

<sup>4</sup> <http://www.zeit.de/2015/25/fluechtlinge-fluechtlingsheim-klage-hamburg/seite-2> (letzter Abuf: 16.10.2017).

<sup>5</sup> BVerwGE 68, 342 (Großflächiger Einzelhandelsbetrieb im Industriegebiet).

<sup>6</sup> BVerwGE 116, 155 (Postzustellstützpunkt im allgemeinen Wohngebiet).

<sup>7</sup> BVerwGE 116, 155, Leits. 1 (Postzustellstützpunkt im allgemeinen Wohngebiet).

auf den Gebietscharakter des allgemeinen Wohngebiets wirke<sup>8</sup>. Seither wandte das BVerwG das Erfordernis der Gebietsverträglichkeit in einer ganzen Reihe von weiteren Entscheidungen an<sup>9</sup>, man kann also sagen, dass es Teil der ständigen Rechtsprechung des BVerwG ist.

In der Literatur hat die Gebietsverträglichkeit bislang nur wenig Beachtung gefunden<sup>10</sup>, eine Monographie zur Gebietsverträglichkeit existiert bisher nicht. Diese Arbeit soll die Lücke in der Literatur schließen und die Gebietsverträglichkeit näher untersuchen. Es soll herausgearbeitet werden, was die Gebietsverträglichkeit ist, also was dieses so beschriebene Erfordernis bedeutet und wie es ggf. präzisiert werden kann.

## B. Gang der Untersuchung

Der Inhalt der Gebietsverträglichkeit wird hier in drei Schritten erschlossen. Eingangs wird die Entwicklung der Figur in der Rechtsprechung des BVerwG dargestellt und es werden die zugehörigen Grundsatzurteile analysiert (2. Kapitel). Es wird zudem ein Überblick darüber gegeben, wie das Erfordernis der Gebietsverträglichkeit in der zweitinstanzlichen Rechtsprechung und in der Literatur bislang aufgenommen wurde (2. Kapitel).

Im zweiten Schritt wird die Gebietsverträglichkeit von anderen Instituten und Begriffen aus dem Bauplanungsrecht abgegrenzt, um auf diese Weise Erkenntnisse über sie zu gewinnen (3. Kapitel). Anschließend erfolgt der Blick auf die Gebietsverträglichkeit aus einer weiteren Perspektive und zwar terminologisch über den allgemeinen Begriff der Verträglichkeit (4. Kapitel). Im 4. Kapitel werden unterschiedliche Rechtsgebiete beleuchtet, in denen der Begriff der Verträglichkeit ver-

<sup>8</sup> BVerwGE 116, 155, Leits. 1 (Postzustellstützpunkt im allgemeinen Wohngebiet).

<sup>9</sup> BVerwG NVwZ 2002, 1384 (Seniorenpflegeheim im Gewerbegebiet); BVerwG BauR 2004, 645 (Bauunternehmen im Mischgebiet); BVerwG, Beschl. v. 10.07.2006 – 4 B 45/06 (Mega-Light-Werbeanlage im allgemeinen Wohngebiet); BVerwG ZfBR 2008, 379 (Dialysezentrum im allgemeinen Wohngebiet); BVerwGE 138, 166 (Krypta im Industriegebiet I); BVerwGE 142, 1 (Krematorium im Gewerbegebiet II); BVerwG BauR 2013, 1996 (Stundenhof im allgemeinen Wohngebiet).

<sup>10</sup> Explizit mit der Gebietsverträglichkeit als eigenständiges Kriterium setzen sich *Stühler*, Zum bauplanungsrechtlichen Grundsatz der Gebietsverträglichkeit, BauR 2007, 1350; *Marschke*, Der Gebietserhaltungsanspruch, S. 86 ff. sowie *Ziegler*, in: Brügelmann BauNVO, § 1 BauNVO Rn. 118–120 und 125 ff. auseinander. Zu BVerwG ZfBR 2008, 379 (Dialysezentrum im allgemeinen Wohngebiet) gab ein Mitglied des 4. Senats eine Urteilsanmerkung heraus: *Gatz*, Nachbarklage gegen Baugenehmigung für Dialysezentrum, jurisPR-BVerwG 2008, 1; andere Urteilsanmerkung: *Redeker*, Größeres Dialysezentrum in allgemeinem Wohngebiet unzulässig!, IBR 2008, 417. In Lehrbüchern wird die Gebietsverträglichkeit zum Teil kurz erwähnt: *Erbguth/Mann/Schubert*, Besonderes Verwaltungsrecht, Rn. 1101a; *Wassermann*, Baurecht Baden-Württemberg, Rn. 298 f.; *Schroeder*, Baurecht Nordrhein-Westfalen, Rn. 263. Darüber hinaus lassen sich in der Kommentarliteratur nur Hinweise auf einzelne Fälle finden, in denen ein Vorhaben gebietsunverträglich war.

wendet wird, und es wird herausgearbeitet, was er dort jeweils bedeutet, um so ggf. Rückschlüsse für die Gebietsverträglichkeit ziehen zu können.

Mit diesem Vorverständnis werden anschließend der Inhalt und der Begriffsumfang der Gebietsverträglichkeit systematisch erschlossen (5. Kapitel), sodass ihre Fallgruppen, Funktion und Rechtsnatur geklärt werden können; es wird zudem beleuchtet, ob die Rechtsfigur verfassungsrechtlich zulässig ist, ob den Baugenehmigungsbehörden bei ihrer Anwendung ein Beurteilungsspielraum zukommt und welchen Bezug sie zu Befreiungen (§ 31 Abs. 2 BauGB) aufweist. Die Untersuchung schließt mit einer Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse in Thesenform (6. Kapitel).